

„Die Bomben sollten Menschen treffen“

SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold über den Luftangriff in Kundus

Der von einem deutschen Oberst befohlene Luftangriff von Kundus hatte offenbar die Tötung von Taliban zum Ziel. Der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold hat viele Fragen an die Regierung.

Herr Arnold, was war Ihrer Ansicht nach das Ziel des Angriffs?

Jeder, der den Isaf-Bericht gelesen hat, kommt zur Erkenntnis, dass nicht nur die Tanklastzüge sondern auch die Menschen getroffen werden sollten. Das ergibt sich aus dem Funkverkehr der Piloten mit dem Boden. Auch die Wahl der Mittel weist darauf hin: Zwei Bomben, die in der Luft gezündet werden, zielen eindeutig auf eine breite Wirkung.

Das war schon direkt nach dem Angriff erkennbar?

Ja, ganz klar.

Laut Ministerium sollte ein Anschlag auf das Isaf-Camp verhindert werden.

Ein Tanklastzug, den man geortet hat, der auch noch auf einer Sandbank festsetzt, den man beobachten kann – der gefährdet ein Camp in keiner Weise. Den muss man nicht mit 500-Kilo-Bomben stoppen, da reichen zwei Scharfschützen.

Terroristen töten – ist das ein legitimes Ziel der Bundeswehr?

Wenn man Terroristen tötet, die dabei sind, ein Verbrechen zu begehen, halte ich das für vertretbar. Aber man muss erstens sicher sein, dass man dieser Leute nicht anders habhaft wird. Zweitens dürfen Zivilisten nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. In diesem Fall haben Taliban ein schweres Verbrechen

begangen. Aber die Luftbilder haben sehr deutlich gezeigt, dass die Menschenansammlung um die Tanklastzüge immer größer wurde. Es gab eindeutige Warnungen, dass man sich auf den Informanten vor Ort nicht verlassen darf. Außerdem wurden Isaf-Regeln nicht eingehalten: Die Bombardierung hätte nur das Hauptquartier selbst entscheiden dürfen, weil keine Gefahr im Verzug war. Das Hauptquartier wurde aber nicht einbezogen.

Vielleicht hat der Oberst, der den Befehl gab, die Nerven verloren.

Psychologisch wäre das eine Erklärung, weil er Druck von zwei Seiten hatte: Die afghanischen Autoritäten wollten eine Machtdemonstration, und die eigenen Soldaten hatten auch keine Lust, immer neuen Angriffen ausgesetzt zu sein. Aber daraus erklärt sich nicht, warum der Oberst solche folgenschweren Entscheidungen angeblich alleine trifft. Das ist sehr mysteriös. Eine Erklärung wäre, dass die KSK den Einsatz geführt hat. Das würde erklären, warum bestimmte Meldewege nicht eingehalten wurden, warum Klein seinen Rechtsberater nicht beigezogen hat und warum das Isaf-Hauptquartier nicht benachrichtigt wurde.

Ist eine so klandestin operierende Einheit wie die KSK noch tragbar?

Wir haben in der letzten Wahlperiode durchgesetzt, dass der Verteidigungsausschuss regelmäßig über KSK-Operationen informiert wird. Und ich hatte den Eindruck, dass der neue KSK-Kommandeur auch einiges geändert hat in Richtung mehr Transparenz. Geheimnisse führen zu

Mythenbildung, und das ist schädlich. Wenn jetzt herauskäme, dass die KSK diesen Bombenangriff verantwortet, dann würde die KSK in der jetzigen Form nicht überleben. Dann hätten wir schnell die Debatte Staat im Staate. Ich muss als Politiker meinen Wählern glaubhaft machen können, dass ich weiß, was beim Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan los ist. Wenn ich das nicht kann, kann ich dem Einsatz auch nicht zustimmen.

Könnte es sein, dass der Bundestag den Afghanistan-Einsatz beendet?

Wegen Fehlern der Regierung wird das sicher nicht geschehen. Wir dürfen das, was wir für richtig erachten, nicht davon abhängig machen, ob ein Verteidigungsminister gerade seiner Aufgabe gewachsen ist. Hätten wir den Eindruck, die Truppe entwickelt ein Eigenleben und stellt sich gegen die Politik, dann hätten wir eine andere Situation. Dafür habe ich keine harten Indizien. Aber das muss geklärt werden. Nur so kann das zerstörte Vertrauen wieder aufgebaut werden.

Muss Guttenberg zurücktreten?

Der Minister hat den Angriff vor schnell bewertet. Viele Fehler darf er nicht mehr machen. Vor allem darf er sich jetzt nicht hinter dem Untersuchungsausschuss verstecken. Er muss Alltagsfragen klären: Was hat das KSK in dieser Nacht gemacht? War der BND vor Ort? Welche Aufgaben hat die Taskforce 47, und welche Soldaten sind dort dabei? Das müssen die Generäle dem Minister sagen. Wenn sie das nicht tun, dann hat er sein Haus nicht im Griff. Wenn er es weiß und es uns nicht sagt, ist das genauso wenig akzeptabel.

Das Gespräch führte Daniela Vates.

„Nur Feinde des Wiederaufbaus“

Die Tötung von bis zu 142 Menschen beim Luftangriff bei Kundus am 4. September war offenbar beabsichtigt. Das legen jetzt bekannt gewordene Details aus verschiedenen Untersuchungsberichten nahe. Bei dem Angriff starben auch Dutzende Zivilisten.

Das Kanzleramt, die Spitze des Verteidigungsministeriums sowie mit der Koordination der Geheimdienste befasste Regierungsvertreter hätten vor und auch nach dem Luftangriff ein schärferes Vorgehen der Bundeswehr gegen die Tali-

ban ausdrücklich gebilligt, schreibt die Leipziger Volkszeitung.

Der deutsche Oberst Georg Klein, der den Bombenabwurf befahl, „wollte die Menschen angreifen, nicht die Fahrzeuge“, zitiert die Süddeutsche Zeitung aus dem bisher geheimen Bericht der von der Nato befehligten Isaf-Schutztruppe.

Aus Kleins eigener Stellungnahme vom 5. September zitiert der Spiegel: „Am 4. September um 1.51 Uhr entschloss ich mich, zwei am Abend des

3. September entführte Tanklastwagen sowie an den Fahrzeugen befindliche INS (Aufständische, d. Red.) durch den Einsatz von Luftstreitkräften zu vernichten.“ Klein sei davon ausgegangen, mit „höchster Wahrscheinlichkeit nur Feinde des Wiederaufbaus zu treffen“.

Die Opposition im Bundestag zeigte sich alarmiert: „Das gezielte Töten von afghanischen Taliban gleicht einer Todesstrafe ohne Gerichtsverfahren“, sagte der Abgeordnete und frühere Bundesrichter Wolfgang Neskovic (Linke).